



Der Anklagepunkt der TTIP-Kritiker

Die Degradierung des Gemeinwohls zum Handelshemmnis

Die Freihandelsabkommen TTIP mit den USA und CETA mit Kanada sowie das Diensthandelsabkommen TISA mit den USA werden in der politischen Öffentlichkeit heftig diskutiert. Politiker aller Parteien, die an der Aushandlung der Verträge mitwirken, die Geschäftswelt, deren Erfolgsbedingungen Gegenstand der Verträge sind, und Wirtschaftsexperten aller Couleurs wälzen die Frage, wie viel amerikanische Konkurrenz auf dem heimischen Markt das hiesige Geschäft belebt und wie groß im Gegenzug die Chancen auf Eroberung neuer Märkte in den USA für deutsche Branchen durch die Beseitigung amerikanischer Handelsbeschränkungen sind. Begibt sich die europäische bzw. deutsche Politik unerlässlicher Eingriffsmittel zur Förderung des eigenen Geschäfts und öffnet überlegenen amerikanischen Multis den europäischen Markt? Oder befreit sie durch das Abkommen Europas Unternehmen gerade umgekehrt von den Nachteilen eines kostenträchtigen politischen Vorschriftenwesens auf dem amerikanischen Standort? So ventilieren *Macher* und perspektivische *Nutznieser* von TTIP die Erfolgsaussichten für das nationale Wachstum. Auf jeden Fall, so der Tenor der Regierung, verleiht das Abkommen dem wechselseitigen Geschäftsverkehr zwischen den beiden weltwirtschaftlichen Großmächten einen qualitativen Schub, von dem am Ende beide Seiten nur profitieren können, und ist insofern ein unverzichtbarer Meilenstein politischer Wachstumsförderung. In diesem Sinne verkündet die Kanzlerin, dass es für Deutschland unabdingbar ist, „den Handel mit den USA zu fördern und ihn nicht Wettbewerbern aus anderen Weltregionen zu überlassen. An Ertrag wird es nicht mangeln.“¹⁾ Die politisch Zuständigen geben damit Auskunft über die prinzipielle Bedeutung und Zwecksetzung des geplanten politischen Abkommens: Ihnen geht es um eine umfassende Befreiung des zwischenstaatlichen Geschäftsverkehrs von nationalen Vorschriften und Regelungen, die sie bisher für nötig erachtet haben, jetzt aber sehr prinzipiell als Hindernisse geschäftlichen Wachstums ins Auge fassen, mithin um die Entfesselung der Konkurrenz ihrer weltweit agierenden Kapitale. Davon erwarten sie maßgebliche Fortschritte bei der Mehrung ihres nationalen Reichtums. Deswegen streiten sie dann auch ausgiebig darüber, wie die künftig für beide Seiten gültigen Erlaubnisse und Bedingungen des Geschäfts aussehen sollen, auf dessen Ertrag sie aus sind.

Dagegen melden sich die TTIP-Kritiker der verschiedenen Initiativen und Vereine mit der Frage: „Was bedeutet der Vertrag für uns?“²⁾ aus der Position der *Betroffenen*, als umfassend Geschädigte. Sie beschwören – nicht minder prinzipiell – die „Gefahren“ „für uns“, also die Bürger im Land, und beklagen, dass die Definition von Handelschranken, allen voran die sogenannten „nichttarifären Handelshemmnisse“, die mit TTIP aus dem Weg geräumt werden sollen, einen generellen Angriff auf alle Lebensbedingungen darstellt. Kritisiert werden Eingriffe in Verbraucher- und Tierschutz, Kennzeichnungspflichten, Medikamentenzulassung, Datenschutz, Buchpreisbindung, öffentliche Ausschreibungsverfahren, Wasserversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen, in das Arbeitsrecht und überhaupt in die nationale Rechtsstaatlichkeit, weil TTIP privaten Firmen erlaubt, gegen Beschränkungen ihrer geschäftlichen Aktivitäten durch den ansässigen Staat vor einem eigenen Schiedsgericht zu klagen. Kurz:

„TTIP verändert, sofern es umgesetzt wird, fast alle Bereiche des Lebens. Vom Krankenhaus in Ihrer Kommune bis hin zu den Pflanzen, die in Zukunft auf den Feldern Ihrer Umgebung angebaut werden dürfen. TTIP wird damit zentrale Bereiche unseres Lebens, der Arbeit und Produktion neu regeln“, und mit „verändern“ – und mit „neu regeln“ meinen sie: verschlechtern.³⁾ „Als Handelshemmnis können die Vertragspartner alles definieren.“ (compact).

Mit Kampagnen wie „Ich bin ein Handelshemmnis!“ geben sie ihrer Verbitterung Ausdruck, dass die Politik mit TTIP die Belange der Bevölkerung der Förderung des Geschäfts opfert, weil sie lauter Schranken beseitigt, die dem Schutz von elementaren Bürgerinteressen dienen. Das sollte, das dürfte nicht sein!

Wovon die TTIP-Kritik ausgeht

Es liegt in der Logik der Freihandelskritik aus der Perspektive der Betroffenen, dass, wer den Wegfall von Schranken für den Geschäftsverkehr zwischen Staaten für prinzipiell schädlich erachtet, davon ausgeht, dass dieser Wegfall Interessen entfesselt, die längst existieren und sich betätigen und von denen die befürchteten schädlichen Wirkungen für alle Lebensbereiche ausgehen. Tatsächlich argumentiert die TTIP-Kritik mit der Gewissheit, dass die Produktion ebenso wie der Vertrieb von Waren einem anderen Erfolgsmaßstab folgen als dem Bedarf der Verbraucher nach ordentlichen und umweltgerechten Gebrauchsgegenständen: Gleichgültig in welcher Konsumentenrolle, man kriegt es mit Schadstoffen zu tun; mit den Arbeitskräften im In- und Ausland wird rücksichtslos umgesprungen; Flüsse werden verreckt, die Luft wird verpestet; Gentechnik und andere Produktionsverfahren werden angewandt, deren Auswirkungen auf Mensch und Natur ungeklärt sind... Die Liste der bereits eingetretenen und mit dem Wegfall von Schranken der geschäftlichen Freiheit zusätzlich befürchteten Gefahren ist schier endlos. Mit deren Umfang, mit Warnungen vor der Privatisierung des Geschäfts mit elementaren Lebensmitteln wie etwa Trinkwasser tun die TTIP-Kritiker kund, dass sie von einer systematischen und keinesfalls singulären oder ungewollten Rücksichtslosigkeit gegenüber den Bürgern als Konsumenten und Arbeitenden durch die Geschäfts- und Handelswelt ausgehen. Das alles ist ganz offensichtlich rational vom Standpunkt der Unternehmen, die den Warenmarkt mit Produkten bestücken, die vor allem eines leisten müssen: Sie müssen der Firma Gewinn einspielen – alles andere ist diesem Hauptzweck untergeordnet, wird als Kosten kalkuliert, die es möglichst niedrig zu halten gilt.

Die Kritiker glauben selbst auch keinen Moment lang daran, „die Konzerne“ und deren „Gewinninteressen“, in denen sie den treibenden Motor der Schädigungen erkennen, könnten aus freien Stücken auf ihre Geschäftspraktiken verzichten, bei denen „unsere Lebensmittel“ zuschanden werden; sie gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass man sie dazu nötigen muss. Sie adressieren ihren Protest ja von vornherein nicht an die lieben Unternehmer, die nach allgemeiner Übereinkunft für die „Versorgung“ der Gesellschaft mit nützlichem Zeug zuständig sind, sondern an die *Staatsgewalt*. Die soll dafür sorgen, dass Bekömmliches auf den Tisch kommt; und zwar dadurch, dass sie dem Gewinninteresse Schranken setzt bzw. die Schranken, die es bereits gibt, aufrechterhält. In der staatlichen Macht sehen sie die einzige Instanz, die diese Akteure dazu zwingen kann, bei der Verfolgung ihrer Wirtschaftsinteressen eine gewisse – kostenträchtige, also gewinnmindernde – Berücksichtigung der Wirkungen ihres Wirtschaftens auf Land und Leute einzukalkulieren.

Mit ihrem Anliegen „TTIP verhindern!“ halten sich die Kritiker bei ihrem Befund über die systematische Rücksichtslosigkeit des Geschäfts also nicht lange auf. Sie beschäftigen sich gar nicht weiter mit der Frage nach der Natur des herrschenden „Gewinninteresses“, nach dessen systemischen Gründen, woher es seine Macht bezieht, die gesamte Gesellschaft von seinen geschäftlichen Notwendigkeiten abhängig zu machen: Man zielt nicht auf die Beseitigung der Quelle der beklagten Folgen kapitalistischer Geschäftstätigkeit, sondern auf eine staatliche Beschränkung bei der Wahrnehmung der Interessen, die diese Wirkungen zeitigen.

Fortsetzung ► Seite 2

VORTRAG & DISKUSSION

Weltflüchtlingsmacht Deutschland

FRANKFURT, Mittwoch, 11. November 2015, 19 Uhr

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Saal
Wilhelm-Leuschner-Straße 69, Zugang über den Hof

Die Republik spendiert sich wieder ein „Sommermärchen“. Die Regierung lässt Flüchtlinge ins Land und die kommen in hellen Scharen; Einheimische mit und ohne Deutschlandfähnchen beklatschen ankommende Elendsgestalten auf Bahnhöfen, reichen Wasser und Brezen, und die Flüchtlinge beklatschen die Begrüßungskomitees. Die Kanzlerin erklärt, dass Deutschland sich das „freundliche Gesicht“ schuldig sei, das es Menschen in Not in diesem Spätsommer zeigt; Einspruch gegen diese „Willkommenskultur“ angesichts der Lasten und Probleme, die mit der Masseneinwanderung auf Kommunen, Verwaltung und die Staatskasse zukommen, lässt sie nicht gelten: „Wir schaffen das!“

Das Urteil über diese Wende der deutschen Asylpolitik und der regen Volksbeteiligung daran ist in einer Hinsicht einhellig: Einheimische und internationale Wortmeldungen sind sich – im Guten wie im Schlimmen – sicher, dass hier die Moral über die Politik, Humanismus und Menschenrecht über nationale Interessen und ökonomisches Kalkül gesiegt haben.

Die einen finden das sehr gut: Endlich widmet sich die Politik ihrer vornehmsten, nie ernst genommenen Aufgabe und kümmernt sich berechnungslos um Menschen, die dringend Hilfe brauchen – anstatt sie durch Abschottungspolitik fernzuhalten, sie als Last oder nur nach ihrem ökonomischen Wert zu taxieren. Die „Refugees-welcome-Bewegung“ und „Pro Asyl“ wissen nicht recht, ob sie ihr Ziel erreicht, nämlich die Bundesregierung zum Partner für eine „Welt ohne Grenzen“ gewonnen haben, oder ob sie der nationalen Selbstlosigkeit, die sie mögen, nicht trauen dürfen.

Die anderen finden das furchtbar: Sie werfen Merkel vor, das deutsche Volk zu verraten

und einem internationalen Gutmenschentum zu opfern. Britische Zeitungen erklären sie zur Chefin eines „Hippie-Staats“, der sich von Emotionen statt von verständigen Nationalinteressen bestimmen lässt: Es sei verantwortungslos, Mitleid zur Leitlinie des Staatshandelns zu machen.

Dass die Regierung nach einer Woche offener Grenzen dazu übergeht, die Flüchtlingsströme wieder zu kanalisieren und die Migranten – strenger sogar als vorher – in berechnete und unberechnete Bewerber zu sortieren, beklagen die einen als Abkehr von den guten Werken der Flüchtlingsbetreuung, die das reiche Deutschland sich doch leisten könnte und sollte; die anderen begrüßen das selbe als spätes Eingeständnis, dass Merkels Einladung an die Mühseligen und Beladenen dieser Welt eben doch ein politischer Blackout gewesen ist.

Den entgegengesetzten Stellungnahmen entgeht eines: Wenn eine Macht wie Deutschland Flüchtlingen hilft, wenn sie Verantwortung für bedrohte und entwurzelte Bürger anderer Staaten beansprucht und übernimmt und sich selbst zu ihrer Schutzmacht beruft, dann ist diese Hochherzigkeit ein ganzes außenpolitisches Programm – und nicht etwa Moral statt Staatskalkül. Mit dem globalen Flüchtlingsproblem betreibt die deutsche Regierung nationale, europäische und Weltpolitik. Sie verpflichtet die europäischen Nachbarn auf ihren weltpolitischen Zuständigkeitsstandpunkt und mischt sich in die Kriegs- und Gewaltfragen der anderen Weltmächte ein, denen sie vorwirft, die Flüchtlingsströme zu erzeugen.

Vom imperialistischen Charakter der guten Tat handelt unsere Veranstaltung.

Eintritt frei!

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf www.argudiss.de und www.farberot.de

Merkel bringt ein palästinensisches Flüchtlingskind zum Heulen Der Bürgerdialog – Grundlagen, Verfahren, vermeidbare Fehler

Einige Tage lang sind zunächst die „Netzgemeinde“ und dann auch die herkömmlichen Abteilungen der Öffentlichkeit aufgeregt über einen Auftritt der Bundeskanzlerin. Die begibt sich bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Gut leben in Deutschland“ ganz bürgernah unter ein paar handverlesene Vertreter der Spezies „Volk, normales“. Im Laufe der Veranstaltung passiert es dann: Ein palästinensisches Flüchtlingskind – gut integriert, gut beschult, gut erzogen – redet über seine Angst vor der Abschiebung, die ihm und seiner Familie droht. Merkel, ganz Staatsfrau, hört sich die Schilderung des individuellen Schicksals an und antwortet:

„Ich verstehe das und dennoch muss ich jetzt auch – das ist manchmal hart in der Politik – wenn du jetzt vor mir stehst, dann bist du ja ein unheimlich sympathischer Mensch, aber du weißt auch, in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon gibt es noch Tausende und Tausende und wenn wir jetzt sagen ‚Ihr könnt alle kommen und ihr könnt alle aus Afrika kommen und ihr könnt

alle kommen‘, das können wir auch nicht schaffen. Da sind wir jetzt in diesem Zwiespalt und die einzige Antwort, die wir sagen ist: bloß nicht so lange, dass es so lange dauert, bis Sachen entschieden sind. Aber es werden auch manche wieder zurückgehen müssen“, woraufhin das gute Kind in Tränen ausbricht und sich Merkel zu einer Geste hinreißen lässt, die so etwas wie Streicheln – „etwas unbeholfen und bemüht, nicht übergriffig zu werden“ (Der Spiegel) – sein sollte.

*

Das daraufhin losgetretene mediale Tamtam wird zunächst von denen beherrscht, die der Dame mangelndes Taktgefühl, fehlende Wärme, schlechten Instinkt oder alles zusammen vorwerfen. Es dauert nicht lange, bis sich auch die Seite zu Wort meldet, die nachfragt, was Merkel denn anderes hätte tun sollen: Die Nöte und Notwendigkeiten der staatlichen Flüchtlingspolitik verschweigen? Das Mädchen über seine Aussichten auf weiteres Hierbleiben belügen? Oder

Fortsetzung ► Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1: TTIP

Der Staat: die ewig versagende Ausgleichsmacht

Der Tatsache, dass die Politik den Umgang mit Mensch und Natur unter ihrer Hoheit gesetzlich regelt, Grenzwerte für die Verwendung von und die Belastung mit Schadstoffen festlegt, Verfahren für die Zulassung von Chemikalien und Medikamenten vorschreibt, einen rechtlichen Rahmen für Art und Umfang der betrieblichen Verwendung wie auch für die Freisetzung von Arbeitskräften schafft – all dem entnehmen die Kritiker, dass der Staat die richtige Adresse für ihren Antrag ist, dem Walten des Geschäfts Schranken zu setzen. Ihm trauen sie zu, dass er der Profitmacherei Grenzen ziehen kann, dass er also die Macht ist, die über der ökonomischen Macht des Geldes steht. Nicht auffallen will ihnen, dass diese Macht es dann aber offensichtlich auch ist, die die privaten Gewinninteressen zuallererst dazu ermächtigt, die Gesellschaft zum Mittel ihrer Bereicherung zu machen. Die staatliche Reglementierung der unternehmerischen Gewinnansprüche setzt schließlich deren unwiderfliche, rechtlich gesicherte Geltung voraus. Die Anträge der TTIP-Gegner auf ein wirksames staatliches Eingreifen bemerken an seiner Ausgleichsmacht aber immer nur die einseitige Seite, also die Reaktion auf die ruinösen Folgen der Geschäftsinteressen in der Gesellschaft. Den Staat nehmen sie einzig und allein als eine Schutzmacht im Interesse der Betroffenen wahr.

Mit ihren Klagen über die ruinösen Wirkungen des Geschäfts, die durch staatliches Eingreifen zu korrigieren seien, nehmen die Kritiker also beides, die Geldrechnungen, die sie für ihre langen Listen der Schäden haftbar machen, und das staatliche Wirken, das diese Schäden unterbinden soll, eigentümlich unernst. An der Geschäftswelt monieren sie die allzu große Freiheit eines an sich legitimen privaten Bereicherungsinteresses, die nach ihrem Dafürhalten nach staatlichen Korrekturen verlangt. Die staatliche Hoheit wiederum, die diese Freiheit stiftet, legen sie sich als nützliche Instanz zurecht, die den beschädigten Interessen der Bürgermehrheit Berücksichtigung zu verschaffen und so für einen ‚Ausgleich‘ zwischen privater Geldgier und allgemeinem Wohlergehen zu sorgen hätte. Diesen Auftrag, den sie mit mehr oder weniger großen Worten über „sozialen Ausgleich und ökologische Politik“⁵⁾ und eine „große sozial-ökologische Transformation, die für eine die Umwelt und die menschliche Gesundheit schützende Produktion und Wirtschaftsweise in den natürlichen Grenzen dringend erforderlich ist“⁶⁾, als „Herkulesaufgabe“ (Attac, S. 7) vorstellig machen, soll die Politik zum Leitfadens ihres Handelns machen.

Damit missverstehen sie gründlich die Gesichtspunkte und Zwecke, denen all die einschlägigen Vorschriften, Eingriffe und Standortmaßnahmen des Staates dienen. Der ‚Ausgleich‘ zwischen den Interessen, den es tatsächlich gibt, wird schließlich von einer Politik bestimmt, die die Macht der kapitalistischen Wirtschaft will und stiftet. Sie kennt die ruinösen Wirkungen der Profitmacherei und schreibt den Kapitalisten mit ihren Kostenrechnungen deswegen Rücksichtnahmen vor, die sie für den Fortgang der Konkurrenz auf ihrem Standort für nötig hält – und sie nimmt deswegen bei all ihren Regelungen immer auch Rücksicht auf die Gewinnrechnungen, die ja nicht beschädigt werden sollen, sondern dauerhaft aufgehen sollen. Die Rede vom „Ausgleich“ ist dafür die beschönigende Floskel.

Dass der gewünschte Ausgleich den bleibenden Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der ‚Wirtschaft‘ und denen der Bürger unterstellt und nie so zustande kommt, wie die Anhänger der ‚Versöhnung von Ökologie und Ökonomie‘ sich das vorstellen, lässt sie an ihrer Aufgabenbe-

schreibung nicht zweifeln. Wo immer sie darauf stoßen, dass die Standards, Auflagen und Regelungen, die der Staat dem Geschäft vorgibt, und alle Maßnahmen, mit denen er seinen nationalen Kapitalstandort bewirtschaftet, den Schutz gar nicht gewährleisten, also auch nicht zum bestimmenden Zweck haben, den sie hineinlesen und erwarten, beklagen sie *Versäumnisse* und *Unterlassungen* der Politik und registrieren einen immer noch unerledigten, „noch nicht“ ordentlich in Angriff genommenen Zukunftsauftrag. Das Register unhaltbarer Zustände, die sie im Land identifizieren, ist lang:

„Wir brauchen keine niedrigeren, sondern höhere Schutzstandards, ob es nun den Einsatz von Pestiziden, die Massentierhaltung oder saubere Energiequellen angeht.“⁶⁾

„Die EU-Umweltpolitik [ist] in vielen Punkten weit entfernt von nachhaltigkeitskonformen Zuständen [...] nicht nur bei Klimagasen und Ressourcenverbräuchen, sondern auch beim Schutz vor Schadstoffen wie etwa Feinstaub.“ (BUND, S. 14)

„Die soziale Abwärtsspirale dreht sich schneller“, die „soziale Spaltung nimmt zu“, „dringend notwendige Verbesserungen werden verhindert“, „jetzt schon [leiden] Personal und Patienten“ unter der Privatisierung der Krankenhäuser und dem dort herrschenden „Konkurrenzdruck“, „heute schon“ herrscht ein „hohe(r) Druck auf Löhne, Arbeits- und Umweltbedingungen.“ (BUND, S. 21 und 17)

Alles, was die Gegner von TTIP an mehr oder weniger skandalösen Zuständen entdeckt haben wollen, legen sie sich als Indiz des Versagens der politischen Macht zurecht – und wenn derselbe Staat sich jetzt auch noch auf ein umfassendes Freihandels-Regime verpflichtet, verbaut er sich in ihren Augen die Chance, die konstatierten Defizite zu beheben und so seine ‚Fehler‘ auszubügeln.

TTIP – ein großer Schritt in die ganz falsche Richtung: „Verkauft nicht unsere Zukunft!“

Die Kritiker entdecken im Niederreißen von „nichttarifären Handelshemmnissen“, das mit TTIP droht, den endgültigen Verzicht auf das gute Regulierungswerk, mit dem sie den Staat beauftragt haben:

„Ziel des TTIP ist es ... ‚besser‘ zu deregulieren als in den WTO-Verträgen. Es geht um weitere ‚Freiheiten‘ für das Kapital, was umgekehrt den Rückzug des Öffentlichen oder der öffentlichen Hand und den Abbau von umwelt- und sozialpolitischen Regeln zur Folge haben wird.“ (Attac, S. 17)

Das ins Auge gefasste umfangreiche politische Regelwerk, das der Neujustierung der zwischenstaatlichen Konkurrenz dient, fassen die TTIP-Kritiker mit dem Vorwurf der „Deregulierung“ so auf, als würde sich der Staat künftig überhaupt aus der Wirtschaft heraushalten. Sie sind konfrontiert damit, dass Amerika und Europas Staaten in Hunderten von Paragraphen um neue Rechtsregeln für den Geschäftsverkehr zwischen ihnen ringen – und weil sie darin die Abkehr vom guten Sinn staatlicher Regeln erblicken, fassen sie den ganzen Verhandlungsprozess als eine einzige Etablierung von Regellosigkeit. Sie können in einem Atemzug auftragen, dass die Konzerne „den Staat raushalten“ und gleichzeitig ihre Interessen „rechtlich verankern“⁷⁾ wollen, ohne zu bemerken, dass diese ‚Verankerung‘ die Instanz verlangt, die eben diese Interessen rechtsverbindlich und damit auch zum bleibenden Objekt ihrer Beaufsichtigung macht.

Zwar haben die Kritiker bisher an den bestehenden „umwelt- und sozialpolitischen Standards“ wenig Begrüßenswertes gefunden, aber jetzt, in Anbetracht der mit TTIP geplanten Entschärfung der internationalen Konkurrenz, erscheinen ihnen dieselben Standards als ein

„Immerhin“, das es mit dem Schlachtruf „TTIP verhindern!“ zu verteidigen gilt. Mit TTIP werden nicht gute, sondern schlechte Lebensverhältnisse noch schlechter. Aber angesichts der „Verschärfung“, die TTIP bringt, erscheint ihnen die gegenwärtige Misere als vergleichsweise akzeptabel: Immerhin greift der Staat ein, immerhin gibt es überhaupt Regelungen, mögen sie auch noch so miserabel sein, mögen sie auch statt Bürgerschutz und Bürgerwohl ganz andere Interessen fördern. Immerhin: Kapitalisten dürfen nicht alles. Sondern nur das, was nicht verboten ist. Eine grandiose Errungenschaft, die die eben noch unerträgliche Schädigung der Leute und Verschmutzung der Umwelt fast vergessen lässt: Jetzt werden „einige unserer wertvollsten Sozialstandards und Umweltvorschriften“ (BUND, S. 14) geopfert.

Bestätigt sehen sich die TTIP-Gegner durch den Blick über den Atlantik. Dort entdecken sie die Zustände, die die europäischen Verhältnisse in ein besseres Licht rücken:

„Umweltschutz ist in der EU nicht immer spitze. Doch immerhin gibt es noch das ‚Vorsorgeprinzip‘.“ „Auch wenn es in der EU immer wieder Lebensmittelskandale gibt. Es gelten strengere Vorschriften und Deklarationspflichten als in den USA – etwa für gentechnisch veränderte Stoffe in Futtermitteln ...“ (Die Linke, S. 11 und 13)

So machen sie sich mit ihrer ‚Immerhin‘-Logik dafür stark, dass die Regierung das in Frage gestellte europäisch-deutsche Regelwerk standhaft gegen ‚amerikanische‘ Geschäftsprinzipien behauptet. Da muss man die Bestimmungen der unterschiedlichen Standortregelungen gar nicht im Einzelnen ernsthaft prüfen. Mögen die Protestierer an der staatlichen Organisation der Lebensbedingungen auf dem nationalen Kapitalstandort noch so viel auszusetzen haben, eines steht fest: Der Blick auf die in den USA herrschenden Geschäftsitten bestätigt ein weiteres Mal, dass Europa viel zu verteidigen hat.

So machen sich die Kritiker stark für den Erhalt staatlicher Regelungen, in denen sie ihre Interessen gar nicht zureichend bedient sehen: Im Vergleich mit TTIP, das ganz in die „falsche Richtung“ zielt, sind ihnen die europäischen Vorschriften zum Schutz der Natur und des Verbrauchers allemal lieber – nicht, weil sie in ihrem Sinne wirklich wirksam wären, sondern weil sie fest daran glauben, dass sich aus unseren Gesetzen etwas Besseres und Wirksames machen ließe. Sie dichten staatlichem Handeln die Bestimmung an, ‚Herausforderungen‘ zu bewältigen, und sortieren die wirkliche staatliche Praxis nach besseren, schlechteren und ganz schlechten Ansätzen. So gesehen ist TTIP eine einzige Fehlanzeige hinsichtlich der staatlichen Zukunftsaufgaben, die sie im jetzigen Zustand zwar ‚noch nicht‘, aber damit, dass der Staat überhaupt ‚reguliert‘, ‚immerhin‘ schon ein wenig in die richtige Richtung angepackt sehen.

Lauter falsche Versprechungen: weder Wachstum noch Arbeitsplätze!

Deswegen nehmen Kritiker auch die staatliche Agitation, mit der für TTIP geworben wird – die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Hebung des allgemeinen Wohlstands hochgerechnet auf einige Hundert Euro pro Einwohner ... – ernster als die Politik, die sie veranstaltet. Wenn die Regierung das angestrebte Geschäftswachstum und die Mehrung nationalen Reichtums in Bilder bürgerdienlicher Fortschritte von Handel und Wandel übersetzt, von denen schließlich der arbeitende und Geld verdienende Bürger abhängig ist, also auch nur profitieren kann, dann klingt das in den Ohren der TTIP-Kritiker wie ein Versprechen:

„Versprochen wird – wie so oft – mehr Wach-

tum, Wohlstand und Arbeitsplätze.“ (Die Linke, S. 4)

Dass ‚Arbeitsplätze‘ im Prinzip ein ‚Gut‘ darstellen, weil sie die Lebensperspektive der von der Wirtschaft Abhängigen sind, daran haben sie keinen Zweifel – als gutes Argument für TTIP wollen sie es aber nicht gelten lassen. Sie sehen in diesem Versprechen reine politische Propaganda irgendwo zwischen Falschrechnung und vorsätzlicher Täuschung:

„Die Befürworter des Abkommens beschwören Millionen neuer Jobs, gesteigertes Wirtschaftswachstum und – Achtung, Werbestrategie! – einen Einkommenszuwachs von bis zu 545 Euro pro 4-Personen-Haushalt.“⁸⁾

Zum Beweis ihres Verdachts fragen sie nach: „Wie viele Arbeitsplätze und wie viel Wachstum bringt der Vertrag?“ (campact), und entlarven, dass die behaupteten Wachstums-, Wohlstands- und Arbeitsplatzeffekte ganz und gar unrealistisch sind. Sie bemühen wissenschaftliche Gegenstudien, die mit komplizierten makroökonomischen Modellen ausrechnen, dass in Europa das versprochene Wachstum ausbleiben wird, jede Menge kleinerer und regionaler Firmen pleite- und hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengehen:

„In Europa kostet TTIP 583 000 Arbeitsplätze, in Deutschland allein gehen 134 000 Jobs verloren.“ (campact).

Ein von Handelshemmnissen befreites Geschäft mehrt nicht, sondern schädigt – so ihr Befund – das, was es zu vermehren verspricht: den sehr klassenneutral aufgefassen ‚Wohlstand‘ im Land in Gestalt von „Wachstum“ und „Arbeitsplätzen“.

Vor lauter Rechnen und Gegenrechnen, vor lauter Entlarven des „Freihandelsbluffs“ (Attac) sehen die Kritiker darüber hinweg, was da eigentlich versprochen wird. Was ist denn das Wachstum anderes als die national bilanzierte Summe der Erträge jener, die überhaupt etwas zum Wachstum beizutragen haben, also der privaten Geschäftsleute? Vom Wachstum dieser Geschäfte ist tatsächlich alles abhängig, aber ist es deswegen auch schon eine positive Lebensbedingung? Arbeitsplätze sind in der Tat für die Mehrzahl die einzige überhaupt erreichbare Einkommensquelle, aber taugen sie deshalb auch schon für die, die daran arbeiten müssen?

Der vollständige Artikel ist im neuen Gegenstandspunkt 3-15 erschienen.

Auch nachzulesen unter:
https://www.farberot.de/text/details/158-TTIP_Kritiker.html



1) „An Ertrag wird es nicht mangeln“. Interview mit Angela Merkel von M. Bauchmüller, N. Fried und S. Kornelius vom 29. Mai 2015, sueddeutsche.de

2) Die Internetplattform campact: 5-Minuten-Info: Handels- und Investitionsabkommen TTIP, www.campact.de. (Im Folgenden im Text ausgewiesen als „campact“)

3) Die Linke: TTIP stoppen! Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie. S. 1 und 3, www.linksfraktion.de. (Im Folgenden im Text ausgewiesen als „Die Linke“ + Seitenzahl)

4) Harald Klimenta u.a.: Die Freihandelsfalle. Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP. Attac Basistexte 45, Hamburg, 2014, S. 7, www.vsa-verlag.de. (Im Folgenden zitiert als „Attac“ + Seitenzahl)

5) BUND: Das Gemeinwohl ist nicht ver(frei)handelbar. S. 33, www.bund.net. (Im Folgenden zitiert als „BUND“ + Seitenzahl)

6) www.stop-ttip.org

7) Thilo Bode in einem Interview im Bayerischen Rundfunk über sein Buch: Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet. DVA, 2015 (www.br.de)

8) keinco2endlager.de

► Fortsetzung von Seite 1: Merkel bringt Flüchtlingskind zum Heulen

gar im Stile einer vorderorientalischen Despotin dem Mädchen in einem Anfall von Machtmissbrauch tatsächlich einen Daueraufenthalt zusichern entgegen allen einschlägigen Paragrafen und Prozeduren?

Ein waschechtes Dilemma also, so eindeutig, dass kein Schwein mehr wissen will, womit sich Merkel das tatsächlich eingehandelt hat.

*

Die Veranstaltung selber ist von der Art gewesen, wie sie vor allem in Wahlkämpfen jeden Tag und auch ansonsten in unserer Demokratie regelmäßig stattfindet: Bürger sind eingeladen, Politiker mit ihren „ganz individuellen Sorgen“, ihren „konkreten Problemen“ und „Einzelschicksalen“ zu konfrontieren. Womit sie bei denen schließlich in einer Hinsicht an der richti-

gen Adresse sind: Politiker besitzen – oder, falls sie dem Beruf der Opposition nachgehen, mühen sich um – die Macht, mit der sie tatsächlich die Lebensumstände ihrer Bürger bestimmen, die denen ganz offensichtlich massenweise zu viel Beschwerde Anlass geben. Die Tatsache, dass es die von den Bürgern Angesprochenen sind, die ihnen die Sorgen einbrocken, wird durch solche öffentlichen Gegenüberstellungen allerdings gezielt von jedem Verdacht befreit, im politischen Inhalt der aktuell gültigen Linie, womöglich in den übergreifenden Prinzipien des Regierens in Deutschland könnte der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten liegen, der letzteren regelmäßig in Form von „Alltagsorgen“ auf die Füße fällt.

Konstruiert wird durch solche Dialoge da-

für ein etwas anderes Problem: das der Entfernung zwischen Politikern und Bürgern. Schon das Format dieser Veranstaltungen – Bürger und Politiker begegnen sich „von Angesicht zu Angesicht“, und zwar „auf Augenhöhe“, im Programm sind „konkrete Antworten auf konkrete Fragen“ – transportiert die entscheidende Botschaft: Die allenthalben negative Betroffenheit der Bürger vom Wirken der Politiker kann sich nur dem Umstand verdanken, dass letztere „nicht mehr mitkriegen“, was sie anrichten, dass sie in ihrer eigenen „abgehobenen“, „abgekapselten“ Sphäre leben und auf ihrer eigenen „Umlaufbahn“ bzw. „um sich selbst kreisen“, ohne Bezug zum „realen Leben“, das sich „draußen im Lande“ abspielt ... – über ein ganzes Vokabular verfügt inzwischen diese theore-

tische Verwandlung von Herrschaft in eine Entfernungfrage, mit der zugleich Unterordnung in den Anspruch an die Inhaber des politischen Kommandos übersetzt wird, sie sollten doch beim Kommandieren bitteschön wissen, wie es den Kommandierten geht. Was angesichts dieser Problemlage zu tun sei, steht mit deren Definition ebenfalls fest und wird durch solche Veranstaltungen in Szene gesetzt: Wo der verloren gegangene Bezug der Politik zur Wirklichkeit beklagt wird, da kommt es darauf an, dass „Politik auf Wirklichkeit trifft“ (so der Untertitel der Polit-Show „hart aber fair“); wo Entfernung und Entfremdung zwischen Politik und Bürgern als Übel erkannt ist, da ist „Bürgernähe“ des Politikers die gebotene Lösung. Und die besteht darin, dass er sie demonstriert. ►

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-15

Die imperialistische Wahrheit der Krise und der „Rettung“ Griechenlands: Ein Hilfsprogramm für Deutschlands Europa-Politik

Nach einem halben Jahr zäher Verhandlungen mit der Euro-Gruppe kapituliert die griechische Linksregierung und fügt sich – gegen das von ihr selbst abgerufene Volksvotum – den wesentlich vom deutschen Finanzminister vorgegebenen Konditionen für ein drittes ‚Hilfsprogramm‘, um den Staatsbankrott und Euro-Austritt doch noch zu vermeiden. Das Ergebnis ist seltsam widersprüchlich. Die griechische Regierung hält das Programm weiterhin für falsch, unerträglich und kontraproduktiv. Aber auch der deutsche Finanzminister und Kollegen geben zu verstehen, dass sie es letztlich für aussichtslos halten und dass am Ende bestenfalls eine Fristverlängerung für Griechenlands Schulden, schlimmstenfalls bloß eine Verschärfung der Schuldenlage dabei herauszukommen droht. Zugleich eint alle Beteiligten das Bemühen, ihr negatives Urteil über das, was sie tun, nicht gelten zu lassen; statt dessen ventilieren sie die Erfolgsaussichten ihrer ‚Rettung‘ im letzten Moment.

Fragt sich, warum es so etwas gibt: vollen politischen, finanziellen, administrativen Einsatz für ein Projekt, das seine Macher für im Prinzip alternativlos, von dem sie aber zugleich im Prinzip überhaupt nichts halten. Die Antwort liegt sicher nicht in Griechenland. Der Grund für das ‚Rettungsprogramm‘ mit seinen Gemeinheiten, Absurditäten und Aporien ist bei der Macht zu finden, die es durchgesetzt hat und auf Erfüllung aller Vorgaben besteht. Es geht um das nationale Interesse Deutschlands an Europa, um die Behauptung dieses in die Krise geratenen Kernstücks der deutschen Staatsräson und seine Widersprüche...

Schweizer Nationalbank schafft den Mindestkurs des Euro ab: Eine Nation leidet unter dem Krisengewinn ihres Geldes

Mitte 2015 gibt die Schweizer Nationalbank die Bindung ihrer Währung an den Euro auf. Der Franken steigt schlagartig gegenüber dem Euro im Wert, die Finanzmärkte reagieren mit Turbulenzen, die Kommentatoren mit Verständnis für den ‚Befreiungsschlag‘ oder Unverständnis angesichts des ‚Frankenschocks‘. Was sich alle ersparen, ist die Befassung mit dem eigentümlichen Problem der Schweiz, dass ihr Geld international zu gefragt ist, also mit der Eigenart dieses Nationalgeldes überhaupt.

Der Anklagepunkt der TTIP-Kritiker: Die Degradierung des Gemeinwohls zum Handelshemmnis

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15 € 119 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2012 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

► In den Dialogen, die er dann auf die Tagesordnung setzt, präsentiert er den festen Willen, seine unbezweifelbare Zuständigkeit nach Kräften dafür zu nutzen, sich um alle kleinen und großen Sorgen zu kümmern. „Zuhören“ ist da schon mal fast die halbe Miete – das bezeugt ja das Interesse zu wissen, was so los ist bei den „ganz normalen Bürgern“. Dabei kommt es zunächst darauf an, die richtige Mischung aus Erstaunen und Bedauern, gerunzelter Stirn und offenem Mund zu finden, also sich echt betroffen von den Betroffenheiten zu zeigen, für die er mit seiner Politik sorgt. Auch die eine oder andere Nachfrage – er will sich ja ein „möglichst genaues Bild verschaffen“ – tut genauso ihre Dienste wie wohlhabendes Rationieren darüber, dass man sich solche praktischen Probleme „in diesem Ausmaß“ noch nie „vor Augen gehalten“ oder auch immer schon geahnt bzw. von anderen Bürgern in „ähnlichen Begegnungen ähnliche Erfahrungen“ mitgeteilt bekommen habe...

Als dann gilt es, den mitfühlenden Menschen im Politiker durch den Macher zu ergänzen: Einerseits sind Lösungen gefragt, die – natürlich! – „konkret“ sein müssen, andererseits „praktikabel“ – mit „hohlen Versprechungen“ ist ja niemandem gedient. Für diesen Zweck erweist sich der sagenhafte „Mitarbeiter in meinem Büro“ als hilfreich, der zu kontaktieren sei, ebenso wie die Ankündigung bei den „entsprechenden Verantwortlichen“ selbst vorstellig zu werden zwecks Nachfrage, „was da eigentlich los sei“. Wenn es passt, sind Verweise auf die nähere Zukunft von Nutzen, in welcher die einschlägigen

„Gesetzesinitiativen meiner Partei“ oder „kürzlich verabschiedete Beschlüsse“ ganz sicher wie geplant ihre gewünschte Wirkung entfalten werden, wenn erst die neue Gesetzeslage „vor Ort umgesetzt“ werde und so „hoffentlich zügig bei den Bürgern ankomme“. Realismus ist bei alledem auch geboten. Den beweist man durch vorsichtig dosierte Hinweise darauf, dass man jetzt „nichts Unrealistisches versprechen“ könne, einem manchmal auch „die Hände gebunden“ seien – eine „Rechtslage“, „Fesseln des Budgets“ und vor allem die notorische „Verweigerungshaltung“ der Opposition oder, je nachdem, der Regierung gibt es ja dummerweise auch noch, will also eingepreist sein –, aber man sich natürlich bemühe, auf die Sorgen eine Antwort zu finden – natürlich „unbürokratisch“ und der „Dringlichkeit angemessen“...

Wenn der Auftritt gelingt, dann steht so ein Inhaber eines mehr oder minder großen Teils der politischen Macht als der nimmermüde Kümmerer da, der seine Zuständigkeit unentwegt dafür in Anschlag bringt, das gesellschaftliche Allgemeinwohl, die Sachzwänge der Politik und die individuellen Sorgen der Bürger miteinander zu vermitteln, so als ob sie nicht schon längst zusammengeschlossen sind – eben dadurch, dass die alltäglichen Sorgen die notwendigen Resultate des politisch definierten Allgemeinwohls sind, das die Politik in Form einer Ansammlung von Sachzwängen für sich und die Gesellschaft verbindlich macht. Schon in der interessierten Selbstbeziehung des Politikers, seinen Bürgern tendenziell entfremdet zu sein, die den

Ausgangspunkt dieses Theaters bildet, und dann mit der demonstrativen Wiederannäherung wird seine herrschaftliche Zuständigkeit für alle Lebenslagen und den politischen Gehalt, den er ihr gibt, *beschworen* und *legitimiert* – nicht dadurch, dass sie groß thematisiert wird, sondern dadurch, dass alle an dem eigenartigen „Dialog“ Beteiligten schlicht von dieser Zuständigkeit und davon ausgehen, dass ihr rechter Gebrauch jedenfalls nicht für die Formen und Ausmaße von Unbill zu sorgen braucht, die da jeweils angesprochen werden.

*

Dass so ein Auftritt auch jedes Mal gelingt, ist bei aller Übersichtlichkeit der Aufgabenstellung allerdings nicht gesagt; das hat Merkel bewiesen. Sie hat den Fehler gemacht, das Einzelschicksal dieser palästinensischen Familie knallhart der politischen Rason zu subsumieren, nach der ihre Regierung Flüchtlingspolitik macht und die Flüchtlinge vor allem als Problem für sich definiert und entsprechend ekelhaft behandelt. Der Gegensatz, dessen Verwandlung in ein Verhältnis tätiger Sorge den ganzen Sinn und Zweck dieser Sorte Veranstaltung darstellt, ist damit in aller Offenheit zutage getreten und – ganz in der menschelnden Logik der Aufführung – an ihr persönlich hängen geblieben: als kaltherzige Rücksichtslosigkeit einer Frau, in der der Politiker über den Menschen gesiegt hat. Dass sie dann auch noch versucht hat, *neben* dem Gegensatz in der Sache, in dem sie ausdrücklich gerade angesichts der heulenden Betroffenheit des Mädchens nicht nachgeben wollte, auf mensch-

liches Mitleid zu machen, hat sich folgerichtig als berechnender Reparaturversuch an einer verunglückten Selbstdarstellung blamiert. Und ihr Versuch, zu diesem Zweck das Mädchen auf der methodischen Metaebene dieses absurden Theaters einzukaufen – „Das hast du doch prima gemacht“ – konnte ihr nach Lage der Dinge nur als weiterer Minuspunkt angerechnet werden: als endgültiger Beweis dafür, wie wenig sie das dringende Anliegen des Mädchens ernst nimmt und wie selbstbezüglich sie stattdessen das Gelingen ihrer Show für die einzige Sorge auch noch dieser Komparsin hält.

*

Das kurze öffentliche Johlen und Buh-Rufen, das die Kanzlerin wegen ihrer „Herzlosigkeit“ dann geerntet hat, beweist ebenso wie die verständnisvollen Gegenkommentare, wie sehr die demokratische Öffentlichkeit in diesem Theater heimisch ist und sein will: So sehr schmiegt sie sich geistig in die Aufgabe der Kanzlerin ein, das Politische und das Menschliche in der eigenen Person gerade da glaubwürdig zusammenzuführen, wo ihre Politik sich so brutal gegen alle Kalkulationen der betroffenen Menschen richtet; so geläufig ist es ihr, Politik als ge- oder misslungene Selbstinszenierung ihrer Repräsentanten zu nehmen und zu beurteilen, dass sie nichts dabei findet, auch angesichts des von allen thematisierten Elends der Flüchtlinge im Allgemeinen und dieser einen Palästinenserfamilie im Besonderen die Kanzlerin zum eigentlichen – bedauernswerten oder selbstverschuldeten – Opfer dieser Schmierkomödie zu erklären. ◀

Das Minsker Abkommen: Schon wieder so ein Friedensprozess

Was man über dieses Vertragswerk zu hören bekommt, sind in erster Linie Elogien auf die deutsche Kanzlerin und ihren Außenminister, die den Frieden für Europa zu retten unternehmen, während die Russen ihnen die Sache schwer machen. Ein übersichtliches, aber nicht ganz zutreffendes Bild. Vielmehr handelt es sich um eine Sorte Friedenssicherung, an der zu studieren ist, dass Krieg und Frieden keineswegs unverträgliche Gegensätze sind, sondern ganz gut zusammenpassen...

Zweierlei Absagen an den Supranationalismus der deutschen Europapolitik

Der Fall Bild-Zeitung:

Wie man das Fußvolk der europäischen Führungsnation für den Erfolg ihres Imperialismus mobilisiert

„Was heißt das für den deutschen Steuerzahler?“

„Wetten, dass uns die Griechen heute wieder über den Tisch ziehen?“

Spinnen die Griechen jetzt komplett?

Was lässt sich die Kanzlerin eigentlich noch alles bieten?

Der Fall „Die Linke“:

Von der internationalen Solidarität zur Gleichung von Demokratie und Nation

Ferner in der Chronik

Der Tarifkampf und Tarifabschluss bei der Bahn:
Die trostlose Wahrheit des stolzen Rechtes auf gewerkschaftlichen
Arbeitskampf

Kita- und Sozialpädagogen-Streik: „Wir sind mehr wert!“
Die modernen Sozial- und Erziehungsdienste –
dem Staat zwar lieb, aber zu teuer

Der Poststreik ist zu Ende:
Vom Sieg der Post und der Kapitulation der Gewerkschaft
im Kampf um die Zukunft des kapitalistischen Briefwesens

Das Referendum in Griechenland im Blick der deutschen Öffentlichkeit:
Realitätsblinde Regierung inszeniert demokratische Farce
als Betrug am eigenen Volk

Das „Flüchtlingsherkunftsland“ Eritrea

Der Kampf gegen den Rassismus in den USA geht gnadenlos weiter:
Südstaatenflagge eingeholt

Köper, J. / Taraben, U.

Der Fall Griechenland**Fünf Jahre Krise und Krisenkonkurrenz****Europa rettet sein Geld – die deutsche Führungsmacht ihr imperialistisches Europa-Projekt**

Alle Welt weiß: Griechenland ist ein Problem. Aber was für eins? Ein humanitäres? Ein finanzwirtschaftliches? Ein ordnungspolitisches? Eines für den Euro? Für Brüssel? Für Deutschland? Für die Griechen? Was für eins auch immer: Alle Welt kennt, vermisst, wünscht, fordert – eine Lösung.

Der Suche nach Lösungsvorschlägen verweigert sich die hier vorgelegte Aufsatzsammlung. Sie erklärt den innereuropäischen Imperialismus, der nicht nur den Griechen Probleme macht. Und warum der alles andere als Lösungsvorschläge für seine Probleme verdient.

134 Seiten – Erscheinungstermin: 21.10.2015 – 10,00 EUR
Gegenstandpunkt Verlag, ISBN 978-3-929211-15-3
www.gegenstandpunkt.com

Ein Flüchtlingsproblem gelöst:**Kosovaren zurück in den Kosovo**

Zu Jahresbeginn rollt eine Flüchtlingswelle, schlimmer noch: eine „Asyl-Lawine aus dem Kosovo“ (Focus-online 17.2.15) auf Deutschland zu. „Täglich fliehen bis zu 1500 Kosovaren“ mit Kind und Kegel nach Serbien, überqueren bei Nacht und Schnee zu Fuß und illegal die EU-Grenze nach Ungarn, um über Österreich nach Deutschland zu gelangen. Die deutsche Botschaft in Pristina schlägt Alarm und meldet an das Auswärtige Amt,

„das Kosovo stehe vor einem ‚Massenexodus‘, der ‚nur durch schnelle Maßnahmen vor allem in Deutschland‘ gestoppt werden könne. Allein aus Pristina nähmen täglich 500 Personen Busse nach Serbien. Innerhalb eines Jahres, so die Hochrechnung, könnten 300.000 Personen das Land verlassen – ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.“ (spiegel.de, 8.2.)

Schon im März kann die nationale Zählstelle, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber „Entspannung melden. Die Flüchtlingswelle ebbt ab“ (DIE ZEIT, 4.3.), und zumindest an diesen Grenzen ist die Welt wieder in Ordnung.

Über die Fluchtgründe wird man zwischenzeitlich ausreichend informiert.

„Wir haben die Unabhängigkeit, aber nichts zu essen“,

„sagt der 27-jährige Hasan Fazliu, der seinen einjährigen Sohn in den Armen trägt.“ (Die Welt, 10.2.). „Die Ankömmlinge wüssten zwar, dass sie in Deutschland nicht dauerhaft bleiben könnten.“ Aber zur Auslösung besagter Lawine reicht es schon, dass, „bis der Asylantrag inklusive Beschwerde dagegen abgelehnt sei, mehrere Wochen“ vergehen. „Im Container ist es warm und sauber, es gibt dreimal täglich kostenloses Essen und zudem monatlich Sozialhilfe sowie Taschengeld.“ (NZZ, 7.3.) Und die gelehrte Welt liefert Hintergrundwissen zum besseren Verständnis für die nicht vorhandenen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in ihrer Heimat:

„Um die Massenflucht der Kosovo-Albaner nach Westeuropa verstehen zu können, muss man sich die tragische soziale Situation vor Ort vor Augen führen. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben etwa 17 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut (Ausgaben von weniger als 0,94 Euro pro Tag) und 45 Prozent in absoluter Armut (weniger als 1,42 Euro pro Tag). Etwa 16 Prozent der Kinder sind von Nahrungsmangel und dadurch verursachten Wachstumsstörungen betroffen. Aufgrund von Mangelernährung leiden etwa 16 Prozent der Schulkinder und 23 Prozent der Schwangeren unter leichter Anämie. Die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit ist weiterhin erheblich höher als in den umliegenden Regionen und in Europa. Die Weltbank schätzte zuletzt, dass mehr als 35 Prozent aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch einer Ausbildung oder Beschäftigung nachgehen. Die Arbeitslosigkeit wird auf über 40 Prozent, bei Jugendlichen auf über 70 Prozent geschätzt.“ (Dusan Reljic, Stiftung Wissenschaft und Politik, 13.2.)

Unser Kosovo

Unter dem Titel Flüchtlingswelle firmiert hier immerhin derselbe Menschenschlag, für den sich Europa vor 15 Jahren brennend interessiert und für zuständig erklärt hat. Damals galt das Schick-

sal dieser Figuren als eine regelrechte „humanitäre Katastrophe“; ganz Europa konnte einfach nicht mit ansehen, wie mit den bedauernswerten Leuten umgesprungen wurde; das Mitleid reichte sogar bis nach Amerika, so dass die gesamte NATO den armen Kosovaren zu Hilfe kommen musste. Ihretwegen wurde das Völkerrecht extra um ein Recht auf „humanitäre Intervention“ erweitert, ihretwegen musste ein grüner Außenminister sich und seine Republik von einem tiefempfundenen Pazifismus verabschieden und dafür agitieren, „dass wir mit militärischen Mitteln, mit einem Krieg Milosevic Einhalt gebieten müssen“ (Joschka Fischer, 13.5.99), und ihretwegen wurde diese Mission schließlich per Bombenkrieg gegen die serbischen Unterdrücker vollstreckt.

Derselbe Menschenschlag wird heute als eine einzige Zumutung gehandelt, wenn er über die deutschen Grenzen strömt, obwohl doch klar ist, dass er gar keine Chance hat, hier zu bleiben, denn wir schicken ja garantiert wieder alle zurück. Heute haben die Kosovaren einfach keinen Grund zur Beschwerde, schließlich hat die NATO ihnen einen eigenen Staat geschenkt, samt ganzen Kompanien von ausländischen Betreuern: einer Schutztruppe, KFOR und einer kopfstarken EU-Verwaltung namens EULEX. Im Sommer 2014 haben sie sogar noch einen Assoziierungs- und Stabilisierungsvertrag von der EU bekommen. Jetzt ist er wahr geworden, der

fassung nämlich deutlich anzumerken. In dem Fall konnten die NATO-Mächte deshalb einfach „nicht wegsehen“, weil dort das letzte Kapitel der Auflösung Jugoslawiens und der Bekämpfung „großserbischer“ Ambitionen unter Führung des „letzten Betonkopfkommunisten“ Milosevic zu erledigen war. Es ging um ein Stück Entmachtung Serbiens durch die Abtrennung dieser Provinz – und den USA ganz nebenbei und im besonderen darum, sich auf dem eroberten Territorium mit einem Riesenmilitärstützpunkt niederzulassen. Ob der neue Staat für sich irgendwie lebensfähig sein würde, war dafür und deshalb überhaupt ganz uninteressant; ob die darin anwesende Bevölkerung Mittel zum Überleben finden würde, noch uninteressanter. Das per Krieg eingerichtete Protektorat verdankt sich rein dem strategischen Interesse der NATO-Mächte, eine mögliche serbische Vormacht auf dem Balkan zu verhindern, so dass die Hilfsprogramme für den Wiederaufbau des Kosovo zwar alles Nötige für die gewaltmäßige Absicherung dieses Vorpostens, die Schaffung der elementaren Voraussetzungen für ein ziviles Leben aber gar nicht einschließen.

So etwas wie eine Wirtschaftstätigkeit ist im freien Kosovo kaum vorhanden; schließlich haben die Kriege und darauffolgenden Staatenausscheidungen das frühere gesamtjugoslawische Wirtschaftsleben, von dem die Provinz recht und schlecht gelebt hatte, samt seinem sachlichen Inventar weitgehend zerstört. Was der kosovarische Staat an Einnahmen zu verzeichnen hat, kommt aus den diversen Geld- und Kreditöpfen der Garantiemächte, die diesen Staat nach ihrem Bedarf alimentieren. Als Erwerbsquelle verbleibt dem Volk erstens das Auswandern – anderswo in Europa legal oder schwarz Arbeitende unterhalten mit ihren Verdiensten ganze Sippschaften. Im Land taugt dafür zweitens hauptsächlich nur der Staatsapparat, soweit wie man als Politiker oder Funktionär da irgendwo Fuß fassen und den eigenen verwandtschaftlichen und politischen Anhang (Kürzelname ‚Clan‘) mitunterhalten kann, also alles, was unter das Stichwort Korruption fällt. Drittens generiert die zahlungsfähige Nachfrage, die vom US-Stützpunkt, den EU-Soldaten sowie der beträchtlichen Anzahl von EU-Beamten und Beratern im Justiz- und Verwaltungswesen ausgeht, rund um Pristina ein Spektrum von Erwerbsmöglichkeiten mit Aufsichts-, Fahrer-, Dolmetscher- und sexuellen Diensten. Und viertens hat sich der kosovarische Geschäftssinn mangels anderer Branchen auf Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel verlegt.

So etwas wie eine innere Stabilität geht dem Kosovo dann auch wegen der NATO-Konstruktion eines multi-ethnischen Staates ab, mit dem die Befreier den von ihnen protegierten albanischen

Grundlage für ein Funktionieren ziemlich perspektivlos abhandeln gekommen und die völkische Unzufriedenheit trotz des multi-ethnischen Friedensdiktats der Schutzmächte überhaupt nicht ausgestorben ist. Nicht einmal seine Funktionalität als zuverlässiger NATO-Stützpunkt mit EU-Anbindung ist selbstverständlich – mittlerweile kämpfen albanisch-nationalistische Parteien schon wieder für die „Unabhängigkeit des Kosovo von fremden Mächten“, nämlich gegen die westlichen Ordnungsbehörden, und die UÇK, die heldenhaften kosovarischen Freiheitskämpfer von früher, kämpfen für die albanische Sache und gegen die oktroyierten Grenzen im benachbarten Mazedonien.

So sieht es aus, das gesellschaftliche, politische und ökonomische Leben im Kosovo, das EU und NATO eingerichtet haben, kontrollieren und verwalten.

Ab in die Heimat

Natürlich kennt auch die hiesige Öffentlichkeit, wenn sie gerade einmal will, die Zustände im Kosovo. Sie zählt sie alle auf – zwecks einer unmissverständlichen Klarstellung: Das Elend dort ist hausgemacht. Die Fluchtgründe, das aussichtslos elende Leben haben die Kosovaren ihren korrupten Politikern, Mitbürgern und mafiosen Verbrechern zu verdanken:

„Für das Verharren Kosovos in Armut sind auch ausgedehnte rechtsfreie Räume mitverantwortlich. Sie sind Folge der allgegenwärtigen Korruption und der symbiotischen Beziehung zwischen weiten Teilen von Verwaltung und Politik mit der organisierten Kriminalität.“ (Dusan Reljic, Zeit-Online 15.2.15)

Wenn das Elend der Kosovaren auf ihrem eigenen Mist gewachsen ist, weil ihre unfähige bis verbrecherische Staatsgewalt Räume freilässt, anstatt sie mit unserem Recht aufzufüllen, kann Deutschland nicht für die fremden Versäumnisse haftbar gemacht werden. Und das „Flüchtlingsproblem“ ist mitnichten eines der Kosovaren, sondern eines, das die deutsche Politik mit ihnen hat.

Und die handelt; Innenminister de Maizièere meldet in kürzester Frist Erfolge:

„Wir hatten es in den ersten zwei Monaten des Jahres mit einem regelrecht organisierten Exodus aus dem Kosovo zu tun... Wir haben dann energische Maßnahmen ergriffen, auch mit Unterstützung der albanischen und serbischen Regierung. Wir schickten z.B. 20 Bundespolizisten zur Unterstützung an die serbisch-kosovarische Grenze. In den Zügen über Ungarn waren trinationale Streifen unterwegs. Zudem haben wir im Kosovo mit dem Gerücht aufgeräumt, in Deutschland erhalte jeder Asylbewerber aus dem Kosovo 4000 Euro bar auf die Hand. Das führte dazu, dass die Anzahl auf rund 100 zurückging.“ (www.bmi.bund.de)

Die deutsche Politik nimmt die zwischen dem Kosovo und uns liegenden Staaten für ihre Grenzsicherung in die Pflicht, deutsche Polizisten „helfen“ schon weit außerhalb ihres normalen Einsatzbereichs, „die Grenze zwischen Serbien und Ungarn zu sichern, auch auf der Zugstrecke von Budapest über Wien nach München soll es verstärkte Kontrollen geben“ (WDR Nachrichten 12.2.).

Die eigenen Diplomaten vor Ort steuern sachdienliche Ratschläge bei:

„Erst wenn eine größere Anzahl von Kosovaren medienwirksam per Sammel-Charterflieger zurückkehrt, deren Verfahren innerhalb weniger Wochen in Deutschland abgeschlossen wurden, spricht sich herum, dass sich illegale Einwanderung nach Deutschland nicht rechnet.“ (spiegel.de, 8.2.)

Die kosovarische Regierung gehorcht und tut ihr Bestes, um ihr Volk zu mehr Heimatliebe zu vergattern. Und zur Beschleunigung der AbschiebeprozEDUREN schlägt der Chef des Flüchtlingsamts vor:

„Kosovo muss sicheres Herkunftsland werden. Menschen aus dem Kosovo und Albanien suchten in Deutschland eine bessere Perspektive, würden aber nicht systematisch verfolgt.“ (FAZ, 27.4.)

Das pure Überleben-Wollen ist schließlich kein Grund, Deutschland auf die Nerven zu fallen. Um Gegenstand unserer Anteilnahme und tatkräftigen Hilfe zu werden, muss das Elend schon einen imperialistischen Nutzen haben: Als Rechts- und Moralittel, um den serbischen Behauptungswillen zu brechen und Serbien um eine Provinz zu verkleinern, war der kosovarische Menschenschlag brauchbar und nützlich; als Einwanderer kann sie niemand brauchen. Da ist es längst überfällig, dass der Kosovo zum sicheren Herkunftsland erklärt wird; zum Leben reichen die Verhältnisse zwar kaum, aber sicher sind sie dann auf jeden Fall. ◀

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS**zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten**

Ort: Frankfurt, Studierendenhaus
Campus Bockenheim, Jügelstraße 1
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum: K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)

Zeit: jeweils Donnerstag um 19 Uhr

Termine: Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf
www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

Wunsch des damaligen Kanzlers Schröder („Wir wollen miteinander einen multiethnischen und demokratischen Kosovo, in dem alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben können“): Der Kosovare ist rundum frei von der serbischen Schreckensherrschaft, und das muss ja wohl reichen.

Die damalige, von der Öffentlichkeit aufgeführte Erschütterung angesichts der „menschlichen Schicksale“, der Aufruf, dass man unbedingt gegen diese „humanitäre Katastrophe“ einschreiten müsse, haben eben nur die moralische Umrahmung und den Rechtstitel für ein ganz anderes Interesse abgegeben. Welches Interesse das war, das ist der NATO-Antwort auf diese „Katastrophe“, der Einrichtung eines eigenen Staats für die Kosovaren und dessen desolater Ver-

Nationalismus auf ein handliches Maß zurückschrauben und von störenden großalbanischen Ambitionen abhalten wollen. Serben und Albaner leben in mühsam von der KFOR getrennten Gebieten und tragen ihre nationale Sache, wo sie eine Gelegenheit dazu finden, mit Blockaden, Handgreiflichkeiten und Schießereien aus.

Über all dem stehen die Schutzmächte mit ihrem Ordnungsmonopol, das sie von wegen ‚Stabilität‘ lieber gar nicht erst aus der Hand geben. Sie beanspruchen mit ihrer Gewalt, mit Richtern, Polizisten und Zollbeamten einen zivilen Verkehr zu regeln bzw. in Gang zu setzen, wie man ihn aus funktionierenden Gemeinwesen kennt – zu dem es aber so gut wie gar nicht kommt, weil dem Staatswesen die ökonomische